
FDP Offenbach

TEEN-COURTS

15.01.2007

Dominik Schwagereit Die Koalition in der Offenbacher

Stadtverordnetenversammlung hat auf Vorschlag der FDP beantragt, dass der Magistrat die Etablierung von sogenannten Schülergerichten in Offenbach prüft. Als erstem Schritt sollen hierfür geeignete Schulen als Kooperationspartner gefunden werden. In einem zweiten Schritt ist dann die Hessische Landesregierung gefordert. Der Hessische Justizminister müsste dann die Offenbacher Schulen in das Hessische Kriminalpädagogische Jugendprojekt aufnehmen.

Die Idee der Schülergerichte ("Teen-Courts") kommt ursprünglich aus den USA und wird in modifizierter Form in Bayern seit 2000 mit Erfolg praktiziert. In Hessen wurde der erste Versuch im Jahr 2005 in Wiesbaden gestartet. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft befassen sich hier auf freiwilliger Basis Schülergremien mit jugendlichen Straftätern und beraten über dessen Tat. Das Schülergericht vereinbart mit dem Täter u. U. eine erzieherische Maßnahme und überwacht ggf. deren Erfüllung. Das Ergebnis des "Verfahrens" vor dem "Schülergericht" wird anschließend von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung berücksichtigt. In der Regel werden die Verfahren dann ohne Erhebung der Anklage eingestellt.

"Oft ist Jugendlichen die Meinung Gleichaltriger besonders wichtig. Die ablehnende Reaktionen von Altersgenossen erscheinen daher gut geeignet, jugendliche Täter vom Unrecht ihrer Straftat zu überzeugen und sie zum Umdenken zu bewegen. Auch finden Gleichaltrige oft leichter als Erwachsene Zugang zu jugendlichen Beschuldigten und können so Hintergründe und Motive einer Tat ergründen," so der schulpolitische Sprecher der Offenbacher FDP-Fraktion Dominik SCHWAGEREIT.